

Kurzfassung

1. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen der VPR von 2003 und des Weißbuches von 2006 haben weiterhin Gültigkeit. Die wesentlichen Parameter für den Streitkräfteumfang bleiben die multinationale Einbindung der Bundeswehr im Rahmen der europäischen Integration, der transatlantischen Partnerschaft und der globalen Verantwortung Deutschlands. Für die Ausrichtung der Bundeswehr spielt das veränderte Einsatzspektrum und der gewachsenen Anzahl an internationalen Einsätzen eine wichtige Rolle.
2. Der Finanzrahmen wirkt sich ebenfalls auf die Ausgestaltung der Streitkräfte aus, darf aber nicht das alleinige Merkmal für Umfang, Struktur und Auftrag der Bundeswehr werden. Das Spardiktat von 8,3 Milliarden Euro für die Bundeswehr bis 2014 ist nicht hinnehmbar. Es resultiert aus einer verfehlten und unseriösen Finanzpolitik. Es werden keine Anstrengungen unternommen, die Einnahmeseite des Bundes zu verbessern.
3. Die Bundeswehr muss Bündnisarmee bleiben. Angemessene Fähigkeiten zur Verteidigung des Bündnisgebietes, sind weiterhin vorzuhalten. Eine Umgestaltung zur Expeditionsarmee wird abgelehnt.

Eingegangene internationale Verpflichtungen und Aufgaben als Bündnisarmee können mit einem Personalumfang von ca. 200.000 Soldatinnen und Soldaten, davon 175.000 Berufs- und Zeitsoldaten plus 25.000 Kurzzeitdiener mit Wehrpflichtcharakter, erfüllt werden. Eine moderate Personalreduzierung in der Zivilen Wehrverwaltung ist möglich. Sie kann aber nicht im Verhältnis 1:1 erfolgen.

4. Eine Umfangsreduzierung um ca. 50.000 Soldatinnen und Soldaten kann erreicht werden durch:
 - Umgestaltung der Wehrform in einen Freiwilligendienst.
 - Straffung der militärischen Organisation, speziell der Führungsstrukturen.
 - Verzicht auf NRF und EU-Battle-Groups im derzeitigen Umfang. Dafür muss ein Nukleus an schnell verfügbaren hochmobilen Eingreiftruppen für die Fähigkeitsbereiche Evakuierung und „Stand-alone“-Kampfeinsätze geschaffen werden.
 - Langfristige Umwandlung der nationalen Streitkräfte in eine europäische Armee.
5. Standortreduzierungen oder –schließungen sind auf ein Minimum zu reduzieren. Länder, Kommunen und Gemeinden sind in den Prozess einzubinden. Eventuell sind entsprechende Konversionen in Betracht zu ziehen.
6. Mit den vorgesehenen Etatkürzungen kann die Bundeswehr materiell nicht einsatzfähig und einsatzbereit gehalten werden. Natürlich muss auch bei den Beschaffungen gespart werden. Bei der Befähigung zur Interoperabilität und zum multinationalen Zusammenwirken mit Bündnispartner sowie dem Eigenschutz darf es keine Abstriche geben (s. einzelne Beschaffungsprojekte in der Langversion).

Wir bekennen uns zur politischen Verantwortung gegenüber der Wehrtechnischen Industrie im dem Technologiestandort Deutschland. Es bedarf aber einer Neudefinition der industriellen Kernfähigkeiten. Die Stärkung der europäischen Rüstungskoooperation ermöglicht sinnvolles Sparen.

7. Der schwierige Umgestaltungsprozess bei der Bundeswehr kann nur gelingen, wenn er mit einem neuen Attraktivitätsprogramm begleitet wird. Hier sehen wir folgende Schwerpunkte:

- Portabilität der Versorgungsbezüge.
- Planbarer Förderungs- und Verwendungsaufbau.
- Einführung einer S-Besoldung.
- Anrechnungszeiten von Auslandseinsätzen auf den Eintritt in den Ruhestand.
- Flächendeckende Betreuungsmaßnahmen im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Dienst.
- Bessere PTBS-Betreuung und Ausweitung der Betreuung auf Soldaten, die aus dem aktiven Dienst ausgeschieden sind.